

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Die SPD-Fraktion nimmt die anhaltende, massive Kritik der Kirchen in Bayern an der Bayerischen Staatsregierung zum Anlass, die Hintergründe hierfür im Hohen Hause gemeinsam zu erörtern und zu debattieren. Die Kirchen – dies können wir gemeinsam feststellen – waren seit eh und je enge Dialogpartner der Fraktionen im Hohen Hause. Ihre Bedeutungen für den Freistaat Bayern stehen außer Frage. Sie sind nicht nur Rat- und Orientierungsgeber sowie politische Beobachter, sondern selbst auch wichtige Handlungsakteure in Bayern.

Die Kirchen leisten einen besonderen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander weit über den geistigen und spirituellen Horizont hinaus: in der sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung, der Familienhilfe, der Flüchtlingsarbeit sowie der Krankenhaus-, Gefängnis- und Militärseelsorge. Auf dieses kirchliche Engagement kann der Freistaat Bayern nicht verzichten. Wichtige Stützpfeiler gesellschaftlicher Solidarität würden ohne den Beitrag der Kirchen als Akteure der Zivilgesellschaft regelrecht wegbrechen. Dafür seitens der SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Mit 6,6 Millionen Katholiken und 2,4 Millionen Protestanten in Bayern vertreten die Kirchen viele Menschen in unserem Land. Sie sind eine gewichtige Stimme für eine wertegebundene Politik in Bayern und deshalb zentrale Ansprechpartner für die Landespolitik in allen Fragen der Humanität, des inneren Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Tatsächlich gehört zu einem vernünftigen Dialog mit den Kirchen auch, dass man deren öffentliche Stellungnahmen, zum Beispiel zu Gesetzentwürfen der Staatsregierung, auch dann respektiert, wenn sie nicht nur Hosiannagesänge auf den Ministerpräsidenten darstellen, sondern auch kritisch, ablehnend, mahnend, fordernd und einfordernd sind, wie wir dies die letzten zwölf Monate erlebt haben.

Im vergangenen Jahr haben sich Vertreterinnen und Vertreter der christlichen Kirchen aus den unterschiedlichsten Ebenen im öffentlichen Diskurs immer wieder mahnend zu Wort gemeldet: vom Gemeinderatsmitglied über einzelne Pfarrer und Bischöfe, ja, bis hin zum Papst, der sich intensiv an der Debatte beteiligt hat, wie zum Beispiel mit Flüchtlingen und der Migrationsbewegung umzugehen ist.

In einem offenen Brief für ein menschenfreundliches Engagement für Geflüchtete wandten sich Ordensoberen vor einem Jahr gegen die Flüchtlingspolitik der

CSU. Sie appellierten an Herrn Seehofer – Zitat –, "dringend von einer Rhetorik Abstand zu nehmen, die Geflüchtete in ein zwielichtiges Licht stellt".

Als Ordensleute

– so heißt es darin –

nehmen wir mit brennender Sorge wahr, wie auch in unserem Land rechtsnationale Kräfte und Meinungen wieder sprach- und öffentlichkeitsfähig werden ...

Ob dieser Appell bei der die Regierung tragenden Partei stets Berücksichtigung fand, darf am heutigen Tag in Zweifel gezogen werden.

Deshalb geht es heute um die ausgrenzende Politik der Regierungspartei, der Staatsregierung im Gesamten, die in Wort und Schrift Flüchtlinge unter Generalverdacht stellt und Zufluchtsuchende kriminalisiert, um eine Politik, die Überfremdungsängste schürt statt aufklärt, die Schwache gegen Schwächere ausspielt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt, den inneren Frieden aufs Spiel setzt, den Begriff der Leitkultur – meine Kollegin Kathi Petersen wird später noch darauf eingehen – als Kampfbegriff gegen Minderheiten verwendet und dafür das Christliche in unserer Gesellschaft gegen den Widerstand von Kirchenvertretern instrumentalisiert.

Wenn beispielsweise der bayerische Finanzminister davon spricht, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhielten 5.000 bis 6.000 Euro an Unterstützung im Monat, wovon eine Rentnerin nur träumen könne, dann schürt er auf unverantwortliche Art und Weise Ressentiments, dann missbraucht er sein politisches Amt für Stimmungsmache gegen minderjährige Schutzsuchende, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten nicht gedankenlos über die Botschaft des katholischen Weltmigrantentags vergangene Woche hinweggehen. Papst Franziskus hat dazu aufgerufen, jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um den minderjährigen Migranten Schutz und Verteidigung zu garantieren; denn sie sind die verletzlichste Gruppe unter den Migranten. Deshalb sage ich ganz klar für die SPD: Die von Herrn Söder geforderte Kürzung von Integrationsleistungen ausgerechnet für minderjährige Schutzsuchende werden wir als SPD definitiv nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD)

Kardinal Marx entgegnete sowohl auf die Einlassung von Herrn Söder, Barmherzigkeit kenne keine Miete,

als auch auf die jüngste Einlassung von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer über den ministrierenden Fußball spielenden Senegalesen, dass ihm völlig unverständlich sei, warum Institutionen, die etwas für Flüchtlinge tun, in ein negatives Licht gestellt werden sollten. Ich teile die Ansicht des Kardinals. Für die Sozialdemokratie in Bayern rufe ich den kirchlich engagierten Flüchtlingshelfern und allen Flüchtlingshelfern zu: Lassen Sie sich von derartigen Einlassungen nicht entmutigen und demotivieren; wir danken Ihnen für ihren großartigen Dienst an der Menschlichkeit im Zeichen christlicher Nächstenliebe!

(Beifall bei der SPD)

Auch mit den jüngsten Positionspapieren der CSU zur Bevorzugung christlicher Migranten wurde der Bogen ein weiteres Mal überspannt. Dies stieß auf Kritik bei den Kirchen in Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, deshalb wollen wir Ihnen in der Aktuellen Stunde die Gelegenheit geben, sich dazu zu äußern, warum Sie künftig Zuwanderung nur noch Menschen mit christlichem Hintergrund ermöglichen wollen und warum die Zuwanderung von Menschen ohne christlichen Hintergrund erschwert werden soll. Wir wollen konkret von Ihnen wissen, welche gesetzgeberischen Planungen die Bayerische Staatsregierung verfolgt mit Blick auf Ihr formuliertes Ziel – ich zitiere:

In Zukunft muss gelten: Vorrang für Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis ... Ein Staat muss selber entscheiden, wen er aufnimmt – nicht die Migranten entscheiden das.

Das steht in Ihrem Positionspapier. Warum strebt die Staatsregierung eine Nachrangigkeit anderer religiöser Kulturkreise an? Wie bewertet die Staatsregierung die Kritik der Kirchen in Bayern und in Deutschland, diese Position der Staatsregierung sei mit der christlichen Nächstenliebe unvereinbar?

Tatsächlich entsteht dieser Eindruck. Programmsätze wie "In Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia" nützen niemandem, bestimmt auch nicht dem Christentum. Stattdessen bauen Sie Vorurteile auf, schüren Ressentiments und vermitteln den Eindruck, als gebe es eine dunkle islamische Macht, die das Rechtssystem in Deutschland und das friedliche Zusammenleben gefährde. Dahinter steht auch der Gedanke, die 570.000 Muslime in Bayern seien Fremdkörper in unserem Land. Erzbischof Heße antwortete darauf: "Wer die christliche Prägung nur deshalb hochhält, um Menschen anderer Kulturen und Religionen fern zu halten, missbraucht und entwertet das Christentum."

(Beifall bei der SPD)

Als SPD sagen wir: Es ist nicht die Aufgabe des Staates oder einzelner Parteien, Kulturen und Religionen gegeneinander in Stellung zu bringen. Wir legen Wert auf gute Beziehungen der Religionen zueinander: gelebte Gemeinsamkeit, Begegnung, Teilhabe, Integration. Die Kirchen sind wichtige Partner des Staates. Dieser Meinung sind übrigens auch jene Abgeordnete in der SPD, die selbst keinen Gottesglauben haben. Ja, die Kirchen sind wichtige Partner des Staates und nicht Gegner. Ich kann auch keine Selbstvergessenheit der Kirchen erkennen, wie es Markus Blume, Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU, formuliert hat. Laut Markus Blume sei mit Blick auf die Toleranz der Kirchen eine gewisse Selbstvergessenheit der Kirchen zu erkennen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Religion wird in Bayern immer individueller und pluraler gelebt. Dieser religiöse Pluralismus ist mitunter anstrengend für die gesamte Gesellschaft. Damit diese Pluralität jedoch gelebt werden kann, sind Toleranz sowie Respekt und Anerkennung die notwendigen Voraussetzungen.

Deshalb fasse ich für meine Fraktion zusammen: Nutzen wir das starke kirchliche Engagement für Humanität und gesellschaftliches Miteinander gerade auch für die zentrale Herausforderung der Integration. Es gibt ein ethisches Fundament gelingender Demokratie – so nennt es der neue Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie in Tutzing, der Katholik Wolfgang Thierse. Tendenziell meint er damit gemeinsame Vorstellungen von Freiheit, von Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, von Werten, von Solidarität, von der Würde des Menschen und von der Integrität der Person. Dieses Fundament, so Wolfgang Thierse, müsse immer wieder neu erarbeitet werden. Es muss weitergegeben, vitalisiert, vorgelebt und erneuert werden. Diese Verantwortung tragen wir alle. Wir sollten sie gerade in aufgeheizten politischen Zeiten gemeinsam wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Zellmeier das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung hat es viele Gratulationen gegeben. Barbara Stamm feiert ihr 40-jähriges Jubiläum im Landtag. Hubert Aiwanger ist Vater geworden. Herr Rinderspacher, Sie haben gesagt, der Herr Ministerpräsident habe eine Wohlfühlrede gehalten. Eigentlich ist die Sitzung, bis Sie gekommen sind, gut verlaufen. Sie haben jedoch das Wohlgefühl, das dem Hause nicht